

STAATSBÜRGER INTERN

Am Kolloquium «Sicherheitspolitik und Medien – Schweizerische Sicherheitspolitik in einem Europa von morgen», an dem die Schweizerische Staatsbürgerliche Gesellschaft mitwirkte, hielt General Klaus Naumann ein beachtenswertes Referat.

Sicherheitspolitik im Umbruch – Herausforderung an die Streitkräfte

Von General Klaus Naumann, Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, Bonn

I. Einleitung

Als Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr das Einführungsreferat zu einem Kolloquium über «Schweizerische Sicherheitspolitik in einem Europa von morgen» zu halten, ist Ehre und Herausforderung zugleich für mich. Ich danke deshalb zunächst für die Einladung und die Möglichkeit, den Umbruch der Sicherheitspolitik und die sich daraus grundlegenden veränderten Rahmenbedingungen für Streitkräfte darzulegen. Wenn ich mich dabei überwiegend auf deutsche Positionen und die Herausforderung an die Bundeswehr konzentriere, so bin ich mir bewusst, dass ich dabei aus schweizerischer Sicht nur den «geographisch äußeren Rahmen» abgeben kann, dennoch erfordert die Betrachtung der Sicherheitspolitik heute mehr denn je ein Überschreiten nationaler Grenzen und Anschauungen. Wir erleben in Europa eine Phase des grundlegenden Umbruchs, eine Änderung globalen Ausmaßes in einer Geschwindigkeit, die das Wort veralten lässt, ehe es ausgesprochen ist. Ich möchte im folgenden die Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung von Streitkräften – insbesondere der Bundeswehr – aus den gewandelten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen vortragen und dabei besonders auf die Perspektiven ein-

ner Weiterentwicklung in den 90er Jahren eingehen. Dabei bin ich mir bewusst, dass ich mehr von einem Zwischenziel denn von Finalität spreche.

II. Veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen

a) Der Übergang in eine multipolare Welt

Wir werden ferner den Übergang aus der bipolaren in die multipolare Welt erleben und damit zumindest für eine nach ihrer Dauer nicht bestimmbare Zeit mehr Ungewissheit und Unvorhersehbares, als wir es in den Jahren der Konfrontation erlebt haben. In dieser Welt werden wirtschaftliche Macht einschliesslich der Beherrschung der neuen Technologien, die Fähigkeit von Staaten oder Staatengruppen, die Umwelt zu schützen und die Fähigkeit Menschen zu ernähren, zu beschäftigen und unterzubringen, Einfluss und Stellung von Staaten bestimmen und nicht mehr die Fähigkeit zur Vernichtung eines Opponenten. Diese entstehende multipolare Welt wird auch eine Welt sein, die in der vorhersehbaren Zukunft nicht in der Lage sein dürfte, das Gefälle zwischen Nord und Süd entscheidend zu verringern. Die Folge werden auch hier Konflikte sein, Konflikte neuer Art mit zum Teil alten Ursachen wie Kampf um Wasser, aber Konflikte, die

in ihren Dimensionen überregionale, wohl kaum aber globale Ausprägung erlangen könnten. Die Konturen dieser multipolaren Welt zeichnen sich in der Makrostruktur ab, denn die Machtzentren werden die Wirtschaftszentren wie USA mit Kanada, Europa in noch zu definierenden Grenzen, China, Japan und Korea sein und – nach einer vermutlich sehr langen Wiederaufbauphase – auch Russland.

In dieser Welt wird keines der genannten Zentren von einander unabhängig handeln können, jedes ist auf Koalitionen angewiesen und diese Koalitionen können je nach Lage auch wechseln.

Dort Konflikte zu verhindern und zu begrenzen, ist vermutlich die Herausforderung nach 2000. Schon diese kurze Skizze der Welt vor uns zeigt aber auch, dass es eine Welt voller Konflikte und Risiken sein dürfte, zumindest für eine relativ lange Übergangszeit. Die politische Aufgabe heisst somit Konfliktverhinderung und Friedenssicherung und in diesem Aufgabenspektrum gilt es Wesen und Rolle von Streitkräften neu zu definieren.

Es geht somit um eine Strategie aktiv ordnender, nicht reaktiver Konfliktverhinderung und längerfristig haltbarer Friedenssicherung mit einer aufeinander abgestimmten und wohlwogenen Palette wirtschaftlicher, sozialer, politischer und militärischer Mittel. Militärische Mittel können dabei nur zum Schutz vor Gewalt von aussen und als Gegengewalt gegen jeden Bruch von Recht und Frieden Anwendung finden.

b) Den Wandel gestalten

In einer solchen Lage kann man den Wandel nur dann gestalten, wenn man klare Ziele hat und wenn man von sicherer und gesicherter Grundlage aus handelt. Es geht heute darum, dass wir

uns trotz aller Risiken der Perspektive einer Friedensordnung in und für Europa bewusst sind, und dass wir uns klar werden, dass wir einen langen Prozeß des Wandels von ungewisser Dauer vor uns haben.

Wir haben eine feste und erfolgreiche Grundlage mit unserem atlantischen Bündnis, das stets mehr gewesen ist, als ein gegen etwas gerichtetes Militärbündnis. Die NATO hat sich immer als politisches Bündnis freier Völker mit gemeinsamen Werten verstanden. Hierauf können wir auch in Zukunft unter gewandelten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen bauen. Es gilt heute, diese aus 40 Jahren Gemeinsamkeit entstandenen Bindungen zu erhalten und die NATO als die feste Grundlage der nun vor uns liegenden Gestaltungsaufgabe zu nutzen, eine Gestaltungsaufgabe, die vor allem den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa Versicherung und Perspektive gibt.

c) Konfliktverhinderung

Erste Voraussetzung für die Gestaltung der Friedensordnung in Europa ist Konfliktverhinderung. Vor diesem Hintergrund hebe ich sechs politisch vorgegebene Sicherheitsinteressen heraus, die diesem Ziel dienen. Es sind dies in schlagwortartiger Verkürzung: Erstens: Kollektive, bündnisgebundene Sicherheits- und Verteidigungspolitik im atlantischen Rahmen. Zweitens: Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von jeglicher Art von Krisen und Konflikten. Drittens: Förderung des Demokratisierungsprozesses und des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Ländern Mittelost-, Südost- und Osteuropas. Viertens: Aufrechterhaltung des freien Welthandels und damit des Handels mit strategischen Rohstoffen.